

# **Erinnerung, Aufklärung, Gerechtigkeit, Konsequenzen: Sicherheit muss für alle Menschen gelten**

1. ordentlicher Diversitätsrat 2024

19. - 20.04.2024, Berlin

Antragsteller\*innen:

Tagesordnungspunkt: TOP 2 Hand in Hand: Was sind unsere Antworten auf die erstarkende Rechte?

## **Antragstext**

- 1 Jeden Tag gehen wir gewohnte Wege, mit der Sicherheit, dass nichts passiert. Von Zuhause zur
- 2 Arbeit, zum Einkaufen, zum Lieblingscafé. Für die meisten Menschen in Deutschland ist das
- 3 zumindest eine Selbstverständlichkeit. Aber was passiert, wenn diese Gewissheit erschüttert
- 4 wird? Was bedeutet es, wenn das Sicherheitsversprechen des Staates nicht für alle Menschen
- 5 gleichermaßen eingelöst ist?
- 6 Das geschah bei den Opfern der Keupstraße, die durch eine Nagelbombe des NSU erschüttert
- 7 wurden, den jungen Menschen in Hanau, die in ihrem Stammcafé eine Shisha rauchten, den
- 8 Menschen, die in ihrer Unterkunft in Solingen Zuflucht suchten, oder denen, die in Halle
- 9 beten wollten. Es geschieht dort, wo Menschen auf Pride-Demonstrationen für ihre Rechte
- 10 eintreten und angegriffen werden.
- 11 Es ist eine Reihe von wiederkehrenden rechtsextremen und rassistischen Anschlägen, die
- 12 vielen Menschen in diesem Land Angst machen, sie ausgrenzen und entfremden. Die Anschläge
- 13 in
- 14 Hanau und Halle, München, Solingen, Mölln, Rostock-Lichtenhagen, die Taten des NSU, der Mord
- 15 an Walter Lübcke - sie mahnen uns, zielgerichtet und konsequent gegen Hass und
- 16 Menschenfeindlichkeit vorzugehen. Klar ist, dass jeder Mensch ein Recht auf körperliche und
- 17 geistige Unversehrtheit hat.
- 18 Das Ziel von Rechtsextremen ist, Menschen, insbesondere mit Migrationsgeschichte, aber auch
- 19 Frauen und queere Menschen, einzuschüchtern und aus dem Alltag zu verdrängen. Unsere
- 20 laute,
- 21 vernehmbare Antwort darauf ist: Sie haben ein Recht auf einen sichtbaren Platz und
- 22 Sicherheit in diesem Land.
- 23 Die terroristischen Anschläge treffen unsere Gesellschaft bis ins Mark. Sie greifen auch das
- 24 Gewaltmonopol des Staates an und stellen damit eine Gefahr für die innere Ordnung unseres
- 25 Landes dar. Es ist unsere Aufgabe, diese Ordnung zu sichern und Menschenleben zu schützen.
- 26 Im Jahr 2023 gab es die höchste Rate an Anschlägen, die von Rechtsextremen begangen
- 27 wurden.
- 28 Auch das Treffen zwischen hochrangigen AfD-Politiker\*innen, Neonazis, finanzstarken
- 29 Unternehmer\*innen und einigen Mitgliedern der Werteunion und CDU, um über sogenannte
- 30 „Remigration“ zu sprechen, hat uns abermals vor Augen geführt, dass der Rechtsextremismus
- 31 weiterhin die größte Gefahr für die Demokratie, die Innere Sicherheit und das

29 gesellschaftliche Miteinander in Deutschland ist. In unserer Gesellschaft ist rassistisches,  
30 antisemitisches, antimuslimisches queerfeindliches und antifeministisches Denken und ein  
31 Gedankengut, das sich gegen arme Menschen, Menschen mit Behinderung und gegen Sinti\*zzze  
und  
32 Rom\*nja richtet, schon sehr lange weit verbreitet. Rechtsextreme setzen genau hier an,  
33 befördern Hass und Gewalt. Sie verschieben die Grenzen des Sagbaren und damit auch des  
34 Machbaren.

35 Für die Monate des ersten Halbjahres 2023 lag die Zahl der erfassten rechtsmotivierten  
36 Straftaten jeweils deutlich über denen der Vorjahre. Hinzu kommt eine hohe Dunkelziffer.  
37 Politik und Sicherheitsbehörden haben auf diese Bedrohung zu lange nicht konsequent reagiert  
38 und tun dies in Teilen bis heute nicht. Dies ist auch begründet in Vorurteilen, die in  
39 Gesellschaft, Politik und Sicherheitsbehörden vorzufinden sind. Diese Zahlen weisen einmal  
40 mehr darauf hin, dass rechtsextremistische Angriffe die größte Bedrohung für unser  
41 demokratisches Zusammenleben sind. Politik und Sicherheitsbehörden haben auf diese  
Bedrohung  
42 zu lange nicht konsequent reagiert. Es ist daher an der Zeit, diesem demokratischen Konsens  
43 Taten folgen zu lassen und der Bekämpfung rechtsextremer Strukturen oberste Priorität  
44 einzuräumen. Erinnerung, Aufklärung, Gerechtigkeit, Konsequenzen - das sind die Forderungen  
45 der Angehörigen der Opfer und Überlebenden des Anschlages in Hanau. Diese Forderungen  
müssen  
46 von uns Demokrat\*innen konsequent vorangetrieben werden.

47 Es ist unsere Aufgabe, Rechtsextremismus, sowie die Ursachen von rassistischem,  
48 antisemitischem und diskriminierendem Gedankengut zu bekämpfen. Wenn sich Menschen in  
einem  
49 Land nicht sicher fühlen können, werden sie ausgegrenzt. Wenn Gerechtigkeit und  
Konsequenzen  
50 nicht folgen, schwindet das Vertrauen in den Staat und unsere Demokratie. Nicht zuletzt  
51 sorgt das dafür, dass sich Betroffene abwenden. Das schadet unserem demokratischen  
52 Miteinander. Wir müssen Sicherheit für alle gewährleisten. Gleichzeitig müssen wir unsere  
53 Demokratie fördern und sicherstellen, dass sich alle Menschen an ihr beteiligen können.  
54 Daher wollen wir:

55 1. **Rechtsextreme Netzwerke in den Blick nehmen und konsequent verfolgen**

56 Wir müssen rechtsextreme Netzwerke stärker in den Fokus nehmen. Es gilt mehr denn je,  
unsere  
57 Sicherheitsbehörden zu befähigen, rechtsextreme Netzwerke und Strukturen zu erkennen und  
sie  
58 aufzulösen. Wir unterstützen sie weiterhin dabei, sich resilienter aufzustellen. Dazu zählen  
59 insbesondere die **Finanzquellen**, auch im europäischen und internationalen Kontext. Denn die  
60 rechtsextreme Szene hat sich über Jahrzehnte international vernetzt und Finanzstrukturen  
61 aufgebaut. Dazu muss die Zusammenarbeit zwischen unseren Sicherheits- und Finanzbehörden  
62 verbessert werden, um ein entschlossenes Vorgehen gegen **Finanzierungsnetzwerke** zu  
63 ermöglichen. Um die zunehmend international vernetzten Netzwerke zu stoppen, braucht es  
eine

64 konsequente und gut abgestimmte polizeiliche sowie nachrichtendienstliche europaweite  
65 Zusammenarbeit mit einheitlichen rechtsstaatlichen Standards.

66 Wir müssen außerdem noch konsequenter gegen Rechtsextreme vorgehen. Dazu zählt eine  
67 **konsequente Entwaffnung von Verfassungsfeinden**. Die Evaluierung des Waffenrechts hat  
erneut  
68 deutlich gemacht, dass Verfassungsfeinde immer noch zu leicht legal an Waffen kommen. Wer  
69 Mitglied einer verfassungsfeindlichen Gruppe ist, darf keinen Waffenschein halten und muss  
70 seine oder ihre Waffen abgeben. Neben der Verschärfung des Waffenrechts braucht es in den  
71 Ländern entsprechende Kapazitäten für Waffenkontrollen, Zuverlässigkeitsüberprüfungen und  
72 Erlaubniswiderrufe.

73 Um rechtsextreme Straftaten mit allen Mitteln des Rechtsstaates zurückzudrängen, braucht es  
74 **Schwerpunktstaatsanwaltschaften**, die sich rechtsextremen Straftaten widmen und dafür  
mit  
75 ausreichend Personal ausgestattet sind, damit Verfahren sorgfältig und zügig geführt und die  
76 Rechtsdurchsetzung gewährleistet werden kann. Dort, wo nicht vollstreckte Haftbefehle gegen  
77 Rechtsextreme vorliegen, müssen diese zügig und konsequent vollstreckt werden. Genauso  
78 braucht es die Sensibilisierung mit entsprechenden Inhalten in der Aus- und Weiterbildung  
79 von Jurist\*innen

80 Die überwiegende Mehrheit der Beschäftigten im Öffentlichen Dienst steht mit beiden Beinen  
81 auf dem Boden des Grundgesetzes. Rechtsextreme Vorfälle im Öffentlichen Dienst erschüttern  
82 das **Vertrauen in unsere staatlichen Behörden** und schaden damit nicht zuletzt ihrem  
Ansehen.

83 Von Diskriminierung betroffene Menschen wenden sich aufgrund von schlechten Erfahrungen  
und  
84 Angst vor Diskriminierung häufig nicht an die Polizei. So erhöht sich auch die Dunkelziffer  
85 in der Polizeilichen Kriminalstatistik. Fehlverhalten muss konsequent aufgeklärt werden. Die  
86 Reform des Disziplinarrechts war dafür ein wichtiger Schritt. Nun muss dessen konsequente  
87 Anwendung sichergestellt werden und weiter an der Einstellungspraxis, der Behördenkultur und  
88 der Weiterbildung gearbeitet werden. Unsere Sicherheitsbehörden müssen für alle Menschen  
89 verlässlicher und vertrauensvoller Ansprechpartner sein. Es braucht deshalb auch  
90 verpflichtende und regelmäßige diskriminierungskritische Weiterbildungen für Beamt\*innen  
91 sowie weitere Studien über das Ausmaß rassistischer und antisemitischer Einstellungsmuster  
92 und Verhaltensweisen bei den Sicherheitsbehörden. Die Umsetzung des  
93 Hinweisgeberschutzgesetzes, aber auch die Schaffung von unabhängigen Polizeibeauftragten  
94 sind Bausteine zur Stärkung des Vertrauens.

95 Die AfD ist eine Partei, die unsere Demokratie verachtet. Nicht umsonst haben unsere  
96 Sicherheitsbehörden schon diverse AfD-Gliederungen und Landesverbände als gesichert  
97 rechtsextrem eingestuft. Ein **Parteienverbot** ist ein Instrument aus dem breiten  
98 Instrumentenkasten der wehrhaften Demokratie, das unsere Rechtsordnung im Kampf gegen  
99 verfassungsfeindliche Parteien ausdrücklich vorsieht - auch wenn es zu recht erhebliche  
100 verfassungsrechtliche Hürden gibt. Unsere Verfassungsorgane müssen die aktuellen  
101 Einschätzungen der Sicherheitsbehörden und die Argumente eines Verbots sorgfältig prüfen und  
102 aus den Erkenntnissen die entsprechenden Konsequenzen ziehen. Auch die  
Vorfeldorganisationen

103 der AfD dürfen wir nicht aus dem Blick verlieren. Diese spielen eine entscheidende Rolle bei  
104 der Vernetzung und Personalrekrutierung der rechtsextremen Szene. Deshalb stehen Vereine  
und  
105 Organisationen wie etwa die „Identitäre Bewegung“ oder auch die „Junge Alternative“ zu Recht  
106 im Fokus der Sicherheitsbehörden. Mögliche Vereinsverbote sind ernsthaft zu prüfen.

## 107 2. **Unsere Institutionen widerstandsfähiger machen**

108 Verfassungsfeinde versuchen die Pfeiler unserer freiheitlichen Demokratie ins Wanken zu  
109 bringen. Um dem entgegenzuwirken, müssen wir unsere Institutionen so aufstellen, dass sie  
110 widerstandsfähiger und wehrhafter sind.

111 Um die **Unabhängigkeit der Verfassungsgerichte** auch zukünftig abzusichern, müssen  
diese  
112 verfassungsrechtlich gesichert sein. So können beispielsweise die Organisation der Gerichte,  
113 die Anzahl der Kammern, der Richterwahlmodus, und die Anzahl der Richter\*innen und deren  
114 Amtszeit unmittelbar in der Verfassung verankert werden.

115 Um die Landkreise und Gemeinden dabei zu unterstützen, die Instrumente der wehrhaften  
116 Demokratie umzusetzen, kann eine **Stabsstelle wehrhafte Demokratie**, die in einem  
Ministerium  
117 der Länder angesiedelt sein kann, sie dabei unterstützen und beraten. Es braucht einen  
118 breiten Instrumentenkoffer zum Schutz demokratischer und rechtsstaatlicher Institutionen,  
119 der ständig evaluiert und wo nötig ausgebaut wird.

120 Die Achtung von Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit und Rechtsstaatlichkeit  
121 bildet das Fundament unserer Demokratie. Wir erleben aber gerade europaweit, dass diese  
122 Werte der EU systematisch ausgehöhlt werden. Deshalb ist es unverzichtbar, dass die  
123 bestehenden **Rechtsstaatsinstrumente der EU** konsequenter und schneller genutzt und  
124 weiterentwickelt werden. Die Grundrechtecharta, das Grundgesetz der EU, soll allen hier  
125 lebenden Menschen Schutz bieten. Da sich ihre Anwendung auf die Durchführung von EU-Recht  
126 beschränkt, ist ihre Schutzwirkung, zumindest in den Mitgliedsstaaten, die keine  
127 äquivalenten nationalen Grundrechte haben, bislang begrenzt. Das wollen wir ändern: Wenn  
128 eine Regierung die Grundrechte ihrer Bürger\*innen verletzt, soll sie dafür auch auf  
129 europäischer Ebene belangt werden können. Wir wollen außerdem das Recht auf  
130 Schwangerschaftsabbruch in der EU-Grundrechte-Charta verankern. So verhindern wir, dass die  
131 Errungenschaften der letzten Jahre von autoritären Kräften zurückgedreht werden.

## 132 3. **Betroffene schützen**

133 Neben repressiven Maßnahmen gegen Rechtsextremismus müssen wir diejenigen unterstützen,  
die  
134 zur Zielscheibe von rechtsextremer Gewalt und Bedrohung werden. Sie brauchen verlässliche  
135 **Anlaufstellen**, die ihnen mit rechtlicher und psychosozialer Beratung zur Seite stehen. Es  
136 ist eine staatliche Aufgabe, diese nachhaltig und verlässlich zu finanzieren. Um Betroffene  
137 auch im digitalen Raum besser zu schützen, muss das **Gesetz gegen digitale Gewalt** zügig  
138 verabschiedet werden.

139 Es ist zudem unsere Aufgabe, einen würdigeren Umgang mit Opfern und Hinterbliebenen von  
140 rechtsextremen Gewalttaten und Terroranschlägen zu finden. Viel zu oft wurde in der

141 Vergangenheit über die Betroffenen geredet, statt mit ihnen zu reden. Wir sehen es als  
142 Aufgabe des Staates an, **Opferhilfen und -entschädigungen** in angemessener Höhe schnell  
und  
143 unbürokratisch zur Verfügung zu stellen.

144 **Rassistische und antisemitische Straftaten** sollen umfassend statistisch erfasst werden.  
Dazu

145 muss unter anderem die Statistik der politisch motivierten Kriminalität reformiert werden.  
146 Die Themenfelder, aber auch die Kategorisierung von Fällen müssen einer wissenschaftlichen  
147 Überprüfung unterzogen und entsprechend reformiert werden, um ein umfassenderes Bild über  
148 die Kriminalitätssituation in Deutschland zu erhalten. Sicherheitsbehörden müssen für die  
149 verschiedenen Erscheinungsformen von Antisemitismus, Rassismus, Frauen- und  
150 Queerfeindlichkeit sensibilisiert werden, um entsprechende Sicherheitsmaßnahmen zu  
151 gewährleisten und verlässliche Ansprechstelle für Betroffene sein.

152 Menschen, die sich Tag für Tag für unsere Demokratie einsetzen, seien es Politiker\*innen  
153 Journalist\*innen oder Ehrenamtliche, müssen durch unseren Staat besser geschützt werden.  
154 Deshalb gilt es jetzt, die geplante **Reform des Melderechts** anzugehen.

155 Wir wollen, dass sich Menschen, die von Diskriminierung betroffen sind, auch mit rechtlichen  
156 Mitteln effektiv wehren können. Das **Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG)** soll vor  
157 Diskriminierung schützen. Leider gibt es aber rechtliche Lücken, durch die Betroffene sich  
158 nicht ausreichend gegen Diskriminierung wehren können. Das wollen wir endlich ändern! Wir  
159 wollen das AGG überarbeiten, Schutzlücken schließen und den Anwendungsbereich ausweiten.  
160 Zusätzlich sollen Landesantidiskriminierungsgesetze in den Ländern eingeführt werden, um den

161 Schutz vor staatlicher Diskriminierung weiter zu stärken. Das Netz von Anlauf- und  
162 Beratungsstellen gegen Diskriminierung wollen wir erweitern und verlässlich finanzieren.

#### 163 4. **Demokratie stärken**

164 Demokratie ist keine Selbstverständlichkeit – sie steht von vielen Seiten unter Druck. Sie  
165 muss ständig verteidigt, gestärkt und gelebt werden. Sie braucht Menschen, die demokratische  
166 Kultur vor Ort leben und sie erhalten. Die vielen zivilgesellschaftlichen Initiativen, die  
167 für Demokratie, Vielfalt und Solidarität eintreten und entschlossen Rassismus,  
168 Antisemitismus und Hass Paroli bieten, sind elementar für den Schutz unserer Demokratie.  
169 Diese Arbeit müssen wir verlässlich finanzieren. Deshalb müssen wir jetzt schnell das  
170 **Demokratiefördergesetz** einführen. In Zeiten des Rechtsrucks darf bei dieser elementaren  
171 Säule einer wehrhaften Demokratie nicht gespart werden. Dadurch verbessern wir insbesondere

172 die rechtlichen Rahmenbedingungen für die Förderung des zivilgesellschaftlichen Engagements  
173 und schaffen mehr Planungssicherheit und Kontinuität.

174

175 International vernetzte rechte, reaktionäre, antifeministische und anti-demokratische Akteure  
176 versuchen die Handlungsspielräume der Zivilgesellschaft, der Universitäten und Wissenschaft  
177 und in Kunst und Kultur einzuschränken. Dem stellen wir uns entschlossen entgegen und setzen

178 uns für eine effektive Stärkung einer unabhängigen, lebendigen, feministischen und  
179 kritischen Zivilgesellschaft im In- und Ausland ein.

180 Darüber hinaus müssen wir die **politische Bildung** für Menschen jeden Alters strukturell und  
181 finanziell stärken und Strategien gegen Desinformation vermitteln. Denn indem wir die  
182 Medienkompetenzen und das Verständnis für demokratische Prozesse stärken, machen wir  
unsere  
183 demokratische Gesellschaft im digitalen Zeitalter resilienter.

184 Als Demokrat\*innen müssen wir die **Brandmauer nach rechts** stärken und dauerhaft  
185 aufrechterhalten. Jegliche Kooperation mit der AfD und anderen Demokratiefeinden ist eine  
186 klare Absage zu erteilen. Auch einer Diskursverschiebung nach rechts stellen wir uns  
187 entschieden entgegen. Alle Demokrat\*innen sind in der Pflicht, die Grenzen zu  
188 menschenfeindlichen Positionen auch inhaltlich aufrechtzuerhalten.

189 Gute **Präventions- und Aufklärungsarbeit** ist das beste Mittel, um Menschenfeindlichkeit  
190 zurückzudrängen. Dafür brauchen wir auch einen europaweiten Erfahrungsaustausch  
191 demokratischer Kräfte, den wir finanziell fördern wollen. Außerdem muss die Bildungsarbeit  
192 an Schulen oder Jugendeinrichtungen gestärkt werden.

193 Unsere Demokratie stärken wir auch, indem wir sicherstellen und aktiv fördern, dass alle  
194 Menschen teilhaben können. Deshalb wollen wir ein **Bundespartzipationsgesetz** einführen  
und  
195 einen Partizipationsrat einrichten. Wichtige politische Entscheidungen sollen nicht über die  
196 Menschen, sondern mit ihnen getroffen werden. Denn Demokratie und Diversität bedingen sich  
197 einander. Deswegen braucht eine starke Demokratie eine starke Repräsentation und Teilhabe  
198 auf verschiedenen Ebenen. Das gilt gerade auch für politische Parteien.

199 Als Partei haben wir uns dazu verpflichtet, unsere **Strukturen** inklusiver zu gestalten, damit  
200 sich mehr Menschen mit Migrationsgeschichte einbringen. Die demokratischen Parteien  
201 Deutschlands benötigen Strategien, um Menschen mit Migrationsgeschichte besser  
anzusprechen,  
202 für politische Ämter zu fördern und ihre Perspektiven und Erfahrungen sichtbar zu vertreten.  
203 Das fördert unser gesellschaftliches Miteinander.

## 204 5. **Aufklärung und Erinnerung vorantreiben**

205 Wir teilen den Wunsch der Hinterbliebenen und der Zivilgesellschaft nach **lückenloser**  
206 **Aufklärung und Aufarbeitung** von rassistischen, antisemitischen und rechtsterroristischen  
207 Anschlägen in Deutschland. Noch zu häufig bleiben die Hintergründe und mögliche Netzwerke  
im  
208 Dunkeln. Das bestehende Aufklärungsdefizit muss dringend und konsequent behoben werden.

209 Als Gesellschaft ist es unsere Pflicht, aus rechtem Terror die richtigen Konsequenzen zu  
210 ziehen und die Erinnerung an die Taten nicht verblassen zu lassen. Das **NSU-**  
211 **Dokumentationszentrum** und das Rechtsextremismus-Archiv können als Blaupause dienen  
und  
212 müssen in enger Abstimmung mit Betroffenen aller Opfergruppen und der organisierten  
213 Zivilgesellschaft, zeitnah und langfristig umgesetzt werden. So ermöglichen wir es der  
214 Zivilgesellschaft, Journalist\*innen und der Wissenschaft besseren Zugang zu Akten zu  
215 erhalten und tragen damit zur Aufarbeitung von rechtsterroristischen Anschlägen bei.